

**Ferdinand Kosak**

## Staatszerfall in Subsahara-Afrika

Diskussion populärer Ursachen und eine Spurensuche  
nach volkswirtschaftlichen Zusammenhängen

**Studienarbeit**

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren



## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

## **Impressum:**

Copyright © 2011 GRIN Verlag  
ISBN: 9783656100904

## **Dieses Buch bei GRIN:**

<https://www.grin.com/document/186924>

**Ferdinand Kosak**

## **Staatszerfall in Subsahara-Afrika**

**Diskussion populärer Ursachen und eine Spurensuche nach volkswirtschaftlichen Zusammenhängen**

## **GRIN - Your knowledge has value**

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite [www.grin.com](http://www.grin.com) ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

### **Besuchen Sie uns im Internet:**

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

[http://www.twitter.com/grin\\_com](http://www.twitter.com/grin_com)

Ludwig-Maximilians-Universität München  
Geschwister Scholl Institut

Sommersemester 2011  
Übung Internationale Beziehungen  
„Krieg und Frieden in Afrika“

**Staatszerfall in Subsahara-Afrika**  
Diskussion populärer Ursachen und eine Spurensuche nach  
volkswirtschaftlichen Zusammenhängen

Abgabe: 6. Juni 2011

Ferdinand Kosak

LARS – Sozialkunde – 8. Fachsemester

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Staatszerfall – was ist das?.....	2
2. Ursachen – diskutiert und kategorisiert.....	4
Verstärker.....	5
strukturelle Ursachen.....	7
3. Staatszerfall und Volkswirtschaft – eine (kleine) Metaanalyse.....	11
Afrikas schwächste und stabilste Staaten.....	11
Monokulturen – Staatlichkeit – Wachstum.....	12
Spurensuche im <i>African Economic Outlook</i> .....	13
Diversifizierung der Volkswirtschaften.....	14
4. Fazit.....	17
Literaturverzeichnis.....	19

## Einleitung

Staatszerfall ist ein Phänomen, das im Zusammenhang mit vielen Ländern Subsahara-Afrikas wissenschaftlich diskutiert wird. Im Verlauf dieser Hausarbeit soll dieser Prozess vom funktionierenden Staat über Staatsversagen und Staatsverfall bis hin zum Endstadium, eben dem Staatszerfall, kurz skizziert werden. Auch die Ursachendiskussion wird daraufhin hier aufgegriffen, jedoch mit dem Ziel der Kontroverse, die zwei Kategorien *strukturelle Ursachen* einerseits und *Verstärker* andererseits an die Hand zu geben.

Im zweiten Teil der Arbeit soll dann untersucht werden, ob sich ein Zusammenhang zwischen dem Zerfallsstadium der einzelnen Staaten und ihrer wirtschaftlichen Diversifizierung vermuten lässt. Kurz gesagt: Sind Staaten, deren BIP sich aus Umsätzen vieler unterschiedlicher Wirtschaftszweige und mehrerer Produktionsstufen bei der Verarbeitung im Inland abgebauter Rohstoffe zusammensetzt, weniger vom Staatszerfall, betroffen als die, deren Ökonomie maßgeblich von einem oder sehr wenigen Produkten und Produktionszweigen abhängig ist?

Es soll und kann jedoch im Rahmen dieser Arbeit keine abschließende Untersuchung über kausale Zusammenhänge geleistet werden. Vielmehr soll deutlich gemacht werden, dass in der politikwissenschaftlichen Diskussion um den maladen Staat in Subsahara-Afrika auch wirtschaftliche Zusammenhänge eine höhere Aufmerksamkeit verdienen könnten.

Am Rande wird auch ein Thema dieser Arbeit sein, ob die Verwendung der Begrifflichkeit „Staatszerfall“ für die Entwicklungen in Subsahara-Afrika überhaupt zweckmäßig ist.

## 1. Staatszerfall – was ist das?

Es gibt in der Literatur viele Begrifflichkeiten, die sich alle einem ähnlichen Phänomen widmen: *fragiler Staatlichkeit*.<sup>1</sup> Lange war in erster Linie vom *schwachen*, aber auch vom *unterentwickelten* oder *räuberischen Staat* die Rede<sup>2</sup>, heute sind die Begriffe *Parastaatlichkeit*, *Quasi-Staatlichkeit*, *anomischer Staat*, *Schattenstaat* und am häufigsten *Staatszerfall* üblich.<sup>3</sup> Überzeugend scheint dabei vor allem das Konzept des Staatszerfalls von Gero Erdmann, eingebettet in den Kontext der „apokalyptischen Trias“. Die Stärke des Ansatzes ist, dass es das Prozesshafte des Zerfalls erfasst und dabei einzelne Stadien beleuchtet.<sup>4</sup> Im weiteren Verlauf wird deshalb vor allem dieser Definition gefolgt. Allerdings soll an dieser Stelle auch auf die Kritik hingewiesen werden, dass Staatszerfall rein seiner begrifflichen Bedeutung nach oft ins Leere läuft, ganz einfach durch die implizite Annahme, dass überhaupt zuvor ein funktionierender Staat existiert haben muss. Eine Annahme, die für eine Vielzahl gerade auch afrikanischer Länder äußerst fraglich erscheint.<sup>5</sup>

Um sich dem Phänomen des Staatszerfalls überhaupt nähern zu können, ist es zuvorderst notwendig den Begriff selbst inhaltlich zu erläutern. Dabei lässt sich ein grundsätzlich inhaltlich defizitärer Begriff wie „Staatszerfall“ vermutlich am besten erklären, indem man zuerst sein Gegenteil betrachtet. In diesem Fall, was als konstitutiv für einen funktionierenden Staat erachtet werden kann.

Ein funktionierender Staat muss in der Lage sein, seine Grundfunktionen wahrzunehmen. Zu diesen gehört zuerst die *Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung*. Darunter fällt sowohl die physische Sicherheit seiner Mitglieder und deren Eigentum als auch die Erlassung und Durchsetzung von Regeln für das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zum Schutz und Wohl seiner Mitglieder.

Als Kernaufgabe eines Staates ist ebenfalls die *Bereitstellung physischer und sozialer Infrastruktur und deren Unterhalt* zu erachten. Dazu gehören ein Mindestmaß an Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, funktionierende Verkehrs- und Kommunikationsnetze sowie die Versorgung der Mitglieder mit Strom und Wasser. Um diese, seine Kernfunktionen

<sup>1</sup> Schneckener 2007, S.357

<sup>2</sup> Erdmann 2003, S.276

<sup>3</sup> Schneckener 2007, S.357

<sup>4</sup> Erdmann 2003, S.270ff

<sup>5</sup> Mehler 2005, S.275

wahrnehmen zu können, muss der Staat in der Lage sein, *Ressourcen zu akquirieren*, d.h. Steuern, Zölle oder andere Einnahmen zu generieren.

Alle genannten Aufgaben muss er dabei *auf seinem gesamten Staatsgebiet* nachkommen können.

Außerdem sollten sich die Mitglieder des Staates laut Mair und Petretto, zumindest in gewissem Maße, auch mit diesem identifizieren, d.h. es sollte auf dem Staatsgebiet ein Bewusstsein für eine *nationalstaatliche Identität* vorhanden sein.<sup>6</sup> Deren Abwesenheit kann jedoch unter Umständen auch eine Folge davon sein, dass der Staat eben nicht in der Lage ist, seinen zuvor genannten Kernfunktionen nachzukommen. Sie kann also meines Erachtens nicht im gleichen Sinne wie die vorigen Aspekte direkt im Verantwortungsbereich des Staates und seiner Gewaltenträger verortet werden. Defizite im Bereich der Identifikation sind wahrscheinlich vielmehr eine Konsequenz von Zerfallsprozessen.

Je nachdem, in welchem Ausmaß ein Staat den oben beschriebenen Aufgaben nicht gerecht werden kann, befindet er sich in einem Zerfallsprozess. Erdmann bezeichnet die beiden Vorstufen zum eigentlichen Staatszerfall als Staatsversagen und Staatsverfall.<sup>7</sup> Dieser Prozess ist jedoch keinesfalls als nur in eine mögliche Richtung gedacht zu verstehen. Länder können durchaus den umgekehrten Weg hin zum funktionierenden Staat gehen und es besteht genauso die Möglichkeit, dass ein Land längerfristig auf einer der Zwischenstufen verharrt

**Staatsversagen** ist die vergleichsweise harmloseste Stufe der so genannten „apokalyptischen Trias“. Erdmann unterstellt dem Staat in diesem Stadium Defizite in der Handlungs- und Leistungsfähigkeit, ohne dass sein Gewaltmonopol oder seine Souveränität auf dem Staatsgebiet dauerhaft eingeschränkt wären. Als typisches Merkmal identifiziert Erdmann jedoch ein starkes Ansteigen der Kriminalität, die der Staat aufgrund seiner eingeschränkten Handlungsoptionen nicht in den Griff bekommt, was wiederum zu einer Teilprivatisierung der Sicherheit führt. Damit ist möglicherweise ein Prozess in Gang gesetzt, in dessen Abfolge der Staat als solcher große Schwierigkeiten hat, in den Augen seiner Bürger weiterhin als legitim zu gelten.

---

<sup>6</sup> Mair / Petretto 2008, S.128f

<sup>7</sup> Erdmann 2003, S.270f

Außerdem ist der Verfall der physischen und sozialen Infrastruktur ein offensichtlicher Indikator, dass der Staat - zumindest partiell - seinen Aufgaben nicht gerecht werden kann, also versagt.<sup>8</sup>

Ist das staatliche Gewaltmonopol auf ein oder mehrere Gebiete bezogen nicht nur temporär, sondern andauernd eingeschränkt oder gar nicht mehr vorhanden, spricht Erdmann vom **Staatsverfall**. Der Staat steht in diesem Fall jedoch nicht offen in Frage, in besagten Gebieten gibt es (noch) keine offenen Sezessionsabsichten. Oftmals übernehmen Häuptlingstümer die Verwaltungsaufgaben, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erfüllen soziale und/oder infrastrukturelle Aufgaben.<sup>9</sup>

**Staatszerfall** beschreibt das ultimative Stadium, in dem der Staat jegliche Kontrolle (einschließlich des Verlustes seines Gewaltmonopols) über weite Teile oder sein gesamtes Staatsgebiet eingebüßt hat und keinerlei Funktionen mehr erfüllen kann.

Ist der Hoheitsverlust territorial begrenzt, während die Regierung jedoch noch über weite Landesteile die Kontrolle hat, spricht man von *partiell*, bei jeglichem Verlust staatlicher Reichweite von *totalem Staatszerfall*.

## 2. Ursachen – diskutiert und kategorisiert

Der Diskussion um mögliche Ursachen mangelt es an einer gewissen Trennschärfe. Wenngleich die Unterscheidung nicht einfach ist und womöglich von Fall zu Fall unterschiedlich kategorisiert werden müsste, scheinen doch häufig Ursachen und Symptome vermengt zu werden.<sup>10</sup>

Stattdessen empfiehlt es sich, bei Betrachtung der „what causes“-Seite nach strukturellen Ursachen einerseits und Verstärkern andererseits zu unterscheiden. Die Vermengung von Symptomen und Ursachen kommt wahrscheinlich genau davon, dass erstere sehr häufig nicht nur eine Fehlentwicklung anzeigen, sondern diese fördern und sie mitunter sogar beschleunigen.

---

<sup>8</sup> Erdmann 2003, S.271

<sup>9</sup> Erdmann 2003, S.271

<sup>10</sup> Schneckener 2007, S.374; Troy 2007, S.46ff

Dies betrifft vor allem die häufig angeführten Konflikte und die Gewaltzunahme in zerfallenden Staaten.<sup>11</sup> Gerade sie sind gleichzeitig Indikatoren und Verstärker, können aber aus einem ganz einfachen Grund selten als strukturelle Ursache gelten: Ihre Expansion bedarf eines Defizits an staatlichem Gewaltmonopol. Läge dieses nicht vor, würden derartige Konflikte bzw. Kriminalität im Keim erstickt werden. Dass der Staat dazu nicht in der Lage ist, zeigt bereits seine strukturelle Schwäche.

Einschränkend muss allerdings hinzugefügt werden, dass regionalspezifische Faktoren wie eine Vielzahl fragiler Staaten in direkter Nachbarschaft das Gewaltmonopol selbst eines vollkommen funktionstüchtigen Staates bedrohen könnten, nämlich dann wenn transnationale Akteure gewaltsame Konflikte über Grenzen hinaus tragen. Gerade in Ostafrika, wo nach wie vor eine Vielzahl von Konflikten mit hoher Intensität vorliegt<sup>12</sup>, kann diese regionale Komponente von entscheidender Bedeutung sein. Erschwerend kommt dabei hinzu, dass es, wie bereits erwähnt, als charakteristisch für den Staat in Subsahara-Afrika gelten muss, dass er noch nie ein funktionstüchtiger Staat im eigentlichen Sinne war, Staatlichkeit dort immer prekär war.<sup>13</sup> Der Staat muss dann sein Gewaltmonopol, welches er ohnehin in vielen Fällen niemals hatte, unter äußerst widrigen Umständen verteidigen und im Idealfall ausbauen.

### **Verstärker**

Dennoch sollen Konflikt und Gewaltzunahme auch hier eher den Verstärkern zugerechnet werden, da es derzeit in Afrika vergleichsweise wenige internationale Konflikte gibt und diese wenigen darüber hinaus alle eine vergleichsweise niedrige Intensität aufweisen.<sup>14</sup>

Unter dem Schlagwort „Konflikt“ subsumieren sich eine Reihe unterschiedlicher Arten von Konflikten. Beispielsweise fallen hierunter Konflikte mit sogenannten Warlords, ethnische bzw. ethnisierte Konflikte<sup>15</sup> oder Sezessionsbestrebungen (die selbstverständlich häufig

---

<sup>11</sup>Ebd.

<sup>12</sup>Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung 2009, S.22ff

<sup>13</sup>Von Trotha 1999, S.229; Erdmann 2003, S.280; Mehler 2005, S.275

<sup>14</sup>Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung 2009, S.23ff

<sup>15</sup>Nuscheler 2005, S.416: Konflikte zwischen Ethnien werden nach wie vor in diesem Kontext genannt (z.B. Troy 2007, S.55ff, Schneckener 2007, S.59). Dass diese Konflikte jedoch im Kern tatsächlich ethnischer Natur sind, wird häufig bezweifelt (Nuscheler 2005, von Trotha 1999, S.238). Allerdings bleibt die Frage inwieweit unterschiedliche Ethnien (von Trotha gebraucht den Begriff der „kulturellen Zugehörigkeit“) vermittelt durch die noch zu erläuternde neopatrimoniale Herrschaftsform tatsächlich diskriminiert werden. Von der Perspektive erscheint der ethnische Konflikt aufgrund der Diskriminierung bestimmter Ethnien zumindest nicht ausgeschlossen. Beispielsweise in persönlichen Gesprächen mit Bewohnern Ugandas ist häufig die (u.a. wirtschaftliche) Bevorzugung der Ethnien von Präsident Museveni sowie der seiner Frau (Banyakore) und damit verbunden der Regionen in denen diese verbreitet sind, erwähnt worden, was auf latente Konfliktlinien hindeuten könnte.

miteinander verwoben sind). All diesen Konflikten, die ihrer Natur nach eher in peripheren Regionen ihren Schwerpunkt haben, ist gemein, dass Sie in einem schwachen Staat sehr wahrscheinlich zu weiterem Verfall beitragen. Besonders natürlich dann, wenn es zu einer gewaltsamen Eskalation des Konflikts kommt.

Neben gewaltsamen Konflikten gibt es aber noch weitere Gründe, die in der Literatur diskutiert werden. Wichtig erscheinen dabei vor allem internationale Parastaatlichkeit<sup>16</sup> durch NGOs und der Wegfall der Staatshilfen durch das Ende des Kalten Krieges<sup>17</sup>.

Internationale Parastaatlichkeit nennt Trutz von Trotha die NGO-Problematik, der er eine bedeutende Rolle in Zerfallsprozessen zuschreibt.

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg dorthin war die Enttäuschung des „Strukturellen Optimismus“<sup>18</sup> der Entwicklungshilfe, d.h. die Erkenntnis, dass die Eliten der hilfsbedürftigen Länder häufig nicht an der Entwicklung des nationalen Gemeinwesens, sondern an persönlicher Bereicherung interessiert waren. NGOs, die unabhängig vom Staat agieren stellten sich aufgrund dieser Erfahrungen ideologisch mehr oder weniger offen gegen die nationalen Eliten und sind dadurch zwangsläufig zum unterstützenden Faktor auf der Abwärtsspirale hin zum Staatszerfall geworden. Und dabei ist es für den Prozess selbst von keinerlei Bedeutung, ob diese ideologische Abkehr als moralisch vollkommen gerechtfertigt erscheint.<sup>19</sup>

Oftmals sind die Kompetenzen von NGOs solche, die üblicherweise im Leistungsportfolio des Staates erwartet werden, d.h. häufig ist es in der Logik der NGO Leistungsdefizite staatlicher Seite auszugleichen. Würden NGOs nun mit dem Staat und seinen Institutionen kooperieren, könnte dieser im Bezug auf seine Legitimität profitieren. Der Staat würde unter Umständen als handlungsfähig wahrgenommen werden, da er offensichtlich in der Lage ist auf Defizite – wenn auch mittels externer Unterstützung – zu reagieren. Gehen die NGOs jedoch in die Opposition und nutzen zusätzlich noch lokale Strukturen (z.B. Häuptlinge) um in Regionen ohne staatlichen Zugriff ihre Projekte zu koordinieren, so unterstützen sie den Zerfallsprozess oder stabilisieren das, was Trutz von Trotha eben Parastaatlichkeit nennt.<sup>20</sup>

Das Argument, dass NGOs tatsächlich nur intervenieren, wo staatliche Leistungen ausbleiben,<sup>21</sup> kann erklären, warum diese Form der Parastaatlichkeit nicht als ursächlich

---

<sup>16</sup>Von Trotha 1999, S.241ff

<sup>17</sup>u.a. Mehler 2005, S.274; Mair/Petretto 2008, S.140

<sup>18</sup>Mehler 2005, S.274

<sup>19</sup> Von Trotha 1999: 241f

<sup>20</sup> Ebd.: 241ff

<sup>21</sup>Erdmann 2003, S.276

gelten kann und verkennt dennoch die Problematik, die damit einhergeht. Denn obwohl NGOs tatsächlich wohl kaum funktionierende staatliche Versorgung ersetzt (höchstens äußerst defizitäre), nimmt sie dem Staat unter Umständen die Möglichkeit, die Leistungen wieder zu erbringen, selbst wenn er wollte. Das Problem ist im Kern, dass sie en gros durch ihre starke Zunahme<sup>22</sup> selbst ein äußerst lukratives Tätigkeitsfeld geworden sind. Die NGOs, die sich in Konkurrenz gegen lokale Verwaltungen durchgesetzt haben,<sup>23</sup> müssten nun eigentlich verstaatlicht werden (sofern der Staat in der Lage wäre, sie zu finanzieren) und diese obsolet gewordenen Beamten ersetzen. Das ist jedoch in üblicherweise neopatrimonialen Strukturen nicht zu erwarten. Die NGOs haben neben ihrer Logik des Defizitausgleichs also eine ihnen ursprünglich nicht zugeordnete (und langfristig gesellschaftlich wenig hilfreiche) arbeitsmarktliche Logik entwickelt. Sie wirken deshalb einerseits delegitimierend für den Staat und seine Institutionen und darüber hinaus blockierend für etwaige Umkehrprozesse.

Weitestgehend Konsens besteht in der Literatur darüber, dass das Ende des Kalten Krieges und die damit verbundenen reduzierten Zuwendungen für afrikanische Staaten im Zerfallsprozess zumindest eine verschärfende Rolle gespielt haben.<sup>24</sup> Durch weniger finanzielle Mittel verschwanden die vorhandenen Mittel noch schneller im klientelistischen Netzwerk des neopatrimonialen Systems. Die Argumentation, dass es auch vor dem Ende des kalten Krieges das Phänomen Staatszerfall unter dem Etikett des *schwachen Staates* bereits gegeben habe<sup>25</sup>, kann nicht widerlegen, dass der Logik nach ein neopatrimoniales System - noch mehr als ein bürokratisch-rationales - auf hohe Einnahmen angewiesen ist um seine Grundfunktionen zu erfüllen.

### **Strukturelle Ursachen**

Ob die von IWF und Weltbank Ende der 70er Jahre begonnene Strukturanpassungspolitik als struktureller Faktor oder doch nur als Staatszerfall verstärkender Faktor genannt werden kann, kann als umstritten gelten.<sup>26</sup> Die Koppelung von weiterer Entwicklungshilfe seitens genannter Institutionen an die Korrektur makroökonomischer Korrekturen hatte teils verheerende Folgen. Problematisch war vor allem der Privatisierungsprozess, der unrentable

---

<sup>22</sup>Erdmann 2005, S.218

<sup>23</sup>Von Trotha 1999, S.241ff

<sup>24</sup>u.a. Mehler 2005, S.274; Mair/Petretto 2008, S.140

<sup>25</sup>Erdmann 2003, S.276

<sup>26</sup>Mehler 2005, S.275; Erdmann 2003, S.275; von Trotha 1999, S.273

Staatsunternehmen in den Konkurs trieb und somit Arbeitsplätze kostete, sowie die verordnete Sparpolitik zur Haushaltskonsolidierung, die, bis Ende der 80er Jahre Korrekturen an der Politik von IWF und Weltbank erfolgten, die afrikanischen Staaten zwang die sozialstaatlichen Leistungen auf ein Minimum zu reduzieren.<sup>27</sup> Staaten mussten somit ihre Grundversorgungen zu reduzieren. Erdmann betrachtet die Strukturpolitik lediglich als verstärkenden Faktor<sup>28</sup>, jedoch kann durch die teilweise Einstellung der Grundversorgung ein bis dato nach innen – eben dank seiner ausreichenden Sozialpolitik - als legitim erachteter Staat durchaus seine Legitimität verlieren und somit die erzwungene Politikänderung ein entscheidender Trigger in Richtung Staatszerfall sein. Und dabei ist in diesem Moment unerheblich, ob der Schritt in Bezug auf den Schuldendienst mittel- und langfristig gerechtfertigt sein könnte.

Desweiteren ist fraglich, ob Strukturanpassungspolitik ohne funktionierende bzw. funktionswillige staatliche Institutionen überhaupt leisten konnte, was es sollte.<sup>29</sup> Auch das Verfehlen dieses Konzepts liegt mitunter in der Natur des neopatrimonialen Verwaltungssystems, das in der wissenschaftlichen Diskussion übereinstimmend als die zentrale strukturelle Ursache für Staatszerfall gilt.<sup>30</sup>

Trutz von Trotha erläutert in seinem Aufsatz das Zustandekommen des Legitimitätsdefizits des nachkolonialen Staates. So ist das, was gemeinhin unter neopatrimonialer Herrschaftsstruktur verstanden wird, vor allem auch auf Ursachen<sup>31</sup> in der kolonialen Verwaltungsstruktur zurückzuführen, die bis heute nicht überwunden wurden. Die präkolonialen Strukturen waren patrimonialer Art, durch die Kolonisierung wurde ein nur an der Oberfläche bürokratisches System installiert, das sich jedoch nach innen (gegenüber dem Volk) patrimonialer (durch die Einbindung traditionaler Häuptlingsstrukturen) und despotischer Elemente (Herrschaftsausübung durch Gewalt und Willkür) bediente.<sup>32</sup> Einen vollkommen rationalen Verwaltungsapparat aufzubauen, lag überhaupt nicht im Interesse der Kolonialherren, da ihr Interesse rein ökonomischer und nicht gesellschaftlicher Natur war. Ziel war es, einen funktionierenden Abschöpfungsapparat aufzubauen.<sup>33</sup> Die Herrschaft über die Gebiete war

---

<sup>27</sup>Hofmeier 2005, S.278

<sup>28</sup>Erdmann 2003, S.275

<sup>29</sup>Mehler 2005, S.275

<sup>30</sup>u.a. Ebd. S.274; Erdmann 2003, S.278ff; Troy 2007, S.52;

<sup>31</sup>Von Trotha 1999, S.225ff: Der Kolonialstaat war selbst kein bürokratischer Staat im Sinne Max Webers, sondern eine Mischform aus intermediärem und despotischem Staat mit bürokratischen Elementen

<sup>32</sup>Ebd.

<sup>33</sup>Nuscheler 2005, S.408

dazu notwendig und wurde daher mit minimalem Aufwand betrieben, weshalb vorhandene Strukturen genutzt wurden. Ein Integrationsinteresse bestand nicht, auch nicht die Idee der breiten gesellschaftlichen Modernisierung.

In postkolonialen Staaten besteht, nun weitestgehend Kontinuität bezüglich dieser Verwaltungsapparate, bzw. die Versuche diese zu modernisieren und auf legal-rationale Füße zu stellen sind gescheitert.<sup>34</sup>

Weshalb begannen die Zerfallsprozesse aber erst nach Ende der Kolonialzeit, beziehungsweise wieso zerfiel der so gelagerte Staat erst in der Postkolonialära. Nach von Trotha hat das vor allem zwei Ursachen: 1. Die Kolonialherren hatten schlicht im eigentlichen Sinne des Wortes die Gewalt über das Land und seine Bevölkerung. Man könnte auch sagen: Sie hatten in den Gebieten und Konflikten, die für sie von Interesse waren, das Gewaltmonopol. 2. Darüber hinaus hatte der Kolonialstaat qua „Organisationsmacht“ sogar eine gewisse Legitimität in der Bevölkerung. Sie konnten für sich reklamieren, die Bevölkerung „für gesamtgesellschaftlich bedeutende Zwecke planvoll zu koordinieren und einzusetzen.“<sup>35</sup> Die Organisationsmacht büßten die postkolonialen Verwaltungen spätestens aufgrund der zuvor genannten Strukturanpassungspolitik des IWF ein, sie waren nicht mehr in der Lage gesamtgesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen und zu steuern.<sup>36</sup>

Das Wesen der immer noch vorherrschenden neopatrimonialen Strukturen bestimmt vor allem eine mangelnde Trennung von öffentlich und privat. Es handelt sich um ein System, in dem (auch kulturell bedingt!) persönliche Beziehungen häufig vor der legalen Norm Beachtung finden. Dieses System sorgt dafür, dass nicht unbedingt die qualifizierten Personen in die geeigneten Positionen kommen und es hat fast zwangsläufig eine hohe Korruptionsanfälligkeit, da das Wohl der eigenen direkten Umgebung (Familie, Clan) über dem abstrakten Wohl der Gesellschaft steht.<sup>37</sup> Aus eigener Erfahrung in Uganda kann der Autor berichten, dass alltägliche Korruption dort nicht nur toleriert, sondern mitunter als legitimer Teil des Einkommens erachtet wird. Die Konsequenz ist ein willkürliches System mit vollkommen unzuverlässigen Institutionen.

---

<sup>34</sup>Erdmann 2003, S.279

<sup>35</sup>Von Trotha 1999, S.236

<sup>36</sup>Ebd. S.237

<sup>37</sup>Mbaku 2003, S. 322f.

In der Natur dieses klientelistischen Prinzips liegt auch der einzige wirtschaftliche Faktor, der in den Diskussionen um Staatszerfall Gehör findet: die sogenannte Rentenökonomie.<sup>38</sup> Ein System, das kurzfristige Investitionen für allgemein höheren Wohlstand meidet und andere von der Nutzung von Rohstoffen ausschließt, ist nur unter neopatrimonialen Strukturen möglich.

Zusammengefasst lassen die Ursachen von Staatszerfall eine Unterteilung in strukturelle Ursachen und verstärkende Ursachen zu. Als die zentrale strukturelle Ursache müssen die nachkolonialen und in wesentlichen Punkten mit denen der früheren Kolonien identischen Verwaltungsstrukturen angesehen werden. Daraus ergibt sich bis heute eine große Verantwortung für die ehemaligen Kolonialmächte, da Afrika<sup>39</sup> seiner eigenen, spezifischen Entwicklung beraubt wurde. Als weiterer ursächlicher Grund für Staatszerfall kann die Strukturanpassungspolitik betrachtet werden, aufgrund derer halbwegs funktionierende Staaten Leistungen einstellen mussten und so Legitimität einbüßten.

Die Debatte um den neopatrimonialen Staat ist eng mit dem in der heutigen Entwicklungszusammenarbeit zentralen Thema des „Good Governance“ verknüpft und so lässt sich mit Michael Brown behaupten: „in short, bad leaders are the biggest problem.“<sup>40</sup>

Darüber hinaus lassen sich verstärkende Faktoren identifizieren, darunter insbesondere bewaffnete Konflikte, die Delegitimierung des Staates durch in Leistungsfeldern des Staates in Konkurrenz tretende NGOs und die abnehmende finanzielle Unterstützung nach Ende des kalten Krieges.

Fast vollkommen aus der Debatte ausgeblendet sind etwaige Zusammenhänge von Staatszerfallsprozessen und wirtschaftlichen Ursachen. Im weiteren Verlauf soll deshalb die These untersucht werden, ob Staaten, deren Ökonomien vor allem vom Export weniger, unverarbeiteter Güter leben, eher in Zerfallsprozesse münden, als solche, deren Volkswirtschaft breiter aufgestellt ist und deren BIP vor allem auch von im Land befindlicher verarbeitender Industrie profitiert.

---

<sup>38</sup>Troy 2007, S.49

<sup>39</sup>Natürlich trifft das auch auf alle anderen ehemaligen Kolonien zu und soll nicht verneinen, dass Entwicklung nicht auch unter diesen Möglichkeiten in den vergangenen fünf Jahrzehnten anders möglich gewesen wäre. Allerdings ist auch der ewige Vergleich bspw. mit den asiatischen Tigerstaaten nicht immer von Nutzen weil jeder Erdteil seine spezifischen Charakteristika kultureller, geographischer, gesellschaftlicher usw. Art aufweist, die Entwicklung beeinflussen.

<sup>40</sup>Brown, Michael zitiert nach Troy 2007, S.52

### 3. Staatszerfall und Volkswirtschaft – eine (kleine) Metaanalyse

#### Afrikas schwächste und stabilste Staaten

Um oben angeführte Hypothese zu überprüfen ist es zunächst notwendig, sowohl die am meisten von Zerfall betroffenen Staaten zu identifizieren, als auch deren Gegenstück, die afrikanischen Staaten mit den geringsten staatlichen Defiziten.

Dabei soll es vorrangig darum gehen, diejenigen zu bestimmen, die in Bezug auf ihre staatlichen Kernfunktionen defizitär sind. Die Aufstellung der *Failed States* von Fund for Peace und Foreign Policy eignet sich dafür jedoch nur relativ bedingt, weil die dabei ausgewerteten Kriterien sich nicht auf die Kernfunktionen von Staatlichkeit beschränken.<sup>41</sup> Die wesentlichen Staatsfunktionen misst hingegen die Weltbank im Rahmen ihres „Governance Matters“ Projektes: *Political Stability and Absence of Violence/Terrorism* kann als Indikator für ein intaktes Gewaltmonopol betrachtet werden, *Government effectiveness* beschreibt, inwieweit der Staat seine öffentlichen Aufgaben wahrnimmt, *Regulatory Quality* und *Rule of Law* lassen erkennen, wie effizient staatliche Bürokratie ist und als wie zuverlässig das Rechtssystem gilt. Mit *Control of Corruption* ist zusätzlich ein Hinweis darauf gegeben, ob die staatliche Verwaltung starke Tendenzen zu neopatrimoniale Strukturen aufweist. Lediglich der Punkt *Voice and Accountability*, ein Instrument zur Messung demokratischer Strukturen, kann in diesem Kontext vernachlässigt werden, da es zumindest als umstritten gelten muss, ob nur Demokratien funktionierende Staaten sein können.<sup>42</sup>

Im Ergebnis macht es jedoch ohnehin kaum einen Unterschied, ob man den Failed States Index oder die WGI der Weltbank heranzieht, da die schwächsten afrikanischen Staaten jeweils die gleichen sind: Somalia, Tschad, Sudan, die Demokratische Republik Kongo und Simbabwe.

Und auch im Bereich der als am erfolgreichsten eingestuften Länder ergibt sich über beide Indizes ein ähnliches Bild: Nach den relevanten Kriterien im WGI wird Botswana vor Namibia, Südafrika, Ghana und Senegal in Bezug auf Staatlichkeit bewertet. Im Failed States Ranking lautet die Reihenfolge Ghana, Südafrika, Botswana, Namibia und Senegal.

---

<sup>41</sup>Foreign Policy

<sup>42</sup>World Bank Institute 2009a

Da der Senegal jedoch als einziges der fünf Länder mit relativ großem Abstand zu den anderen vier unterhalb des Medians der gesamten Liste (WGI) liegt, soll er nicht zur Spitzengruppe gerechnet werden.<sup>43</sup>

### **Monokulturen – Staatlichkeit – Wachstum**

Die zu untersuchenden Thesen lauten nun, ob Staatlichkeit umso prekärer ist, a) je höher die Abhängigkeit von sehr wenigen Rohstoffen<sup>44</sup>, und b) je niedriger der Verarbeitungsgrad dieser Rohstoffe beim Export ist.

Die Überlegungen hinter den Thesen sind folgende: Wenn sich die Einkommen auf unterschiedliche Zweige verteilen ist die Anfälligkeit für Konflikte aufgrund der Ressourcenkontrolle niedriger. Dies liegt daran das a) auf der individuellen Ebene nicht so viele Menschen von einem bestimmten Wirtschaftszweig abhängig sind, und daher die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass Gruppen sich die Kontrolle über die Ressourcen mit Gewalt verschaffen und weil b) die Volkswirtschaft und damit auch der Staat weitere Einnahmen aus den anderen Zweigen generieren kann. Er bleibt somit handlungsfähig und hat in letzter Konsequenz höhere Chancen eventuell aufkeimende Konflikte unter Kontrolle zu halten.

Analoges müsste geschehen, wenn der Verarbeitungsgrad der exportierten Güter steigt: Die Wertschöpfung, die bei der Verarbeitung der Rohstoffe entsteht, bleibt in Form zusätzlicher Einkommen für mehr Menschen der eigenen Volkswirtschaft erhalten. Einkommen, die sonst Menschen in den verarbeitenden Ökonomien (zu anderen Tarifen) generieren. In gleicher Weise sinkt dabei die unmittelbare Abhängigkeit des Staates vom Primärrohstoff.

Ich möchte die beiden Prozesse im weiteren Verlauf Diversifizierung horizontaler (zusätzliche Güter generieren) und vertikaler (zusätzliche Verarbeitungsstufen schaffen) Art nennen. Erstere sind, zumindest in Bezug auf Rohstoffe, kaum zu beeinflussen.<sup>45</sup> Ausbau der verarbeitenden Industrie muss dafür um so mehr in den Fokus rücken. Entscheidendes Stellrad ist hierbei einmal mehr „Good Governance“.<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup>World Bank Institute 2009b; Foreign Policy; UN-OHRLLS; UNDP : Für den Senegal ergibt sich im Failed States Index gleiches Bild: auch dort ist der Abstand zu den anderen vier relativ groß. Und obwohl andere Rankings wie der Human Development Index HDI oder die auf dem HDI basierenden Least Developed Countries für diese Betrachtung keine direkte Relevanz aufweisen, sehen auch diese Rankings den Senegal abgeschlagen (HDI) bzw. führen ihn als einziges der fünf Länder (LDC)

<sup>44</sup>Zum Problem der „Dutch Disease“ siehe Collier 2008, S.59ff

<sup>45</sup>Es sei denn, es werden neue Rohstoffe, bzw. neue Fördermethoden entdeckt. Diversifizierung kann aber auch im Dienstleistungssektor erfolgen.

<sup>46</sup>Nicht zuletzt um Rentenökonomien zu verhindern, siehe hierzu u.a. Troy 2003, S.49

Die stabilisierende Rückwirkung auf Staatlichkeit sollte nun darin liegen, dass der Staat durch höhere Einnahmen seinen Leistungspflichten gerecht werden kann und das Gewaltmonopol aufrecht erhalten kann, während es gleichzeitig durch wachsenden Wohlstand bei gerechter Allokation weniger Konfliktpotential gibt. Gleichzeitig sollte dadurch auch ein Beitrag zur Überwindung des Klientelismus geleistet werden, da steigender Wohlstand in breiten Schichten überhaupt erst ermöglicht, dass viele Menschen nicht mehr auf die Einkommen aus Korruption angewiesen sind.<sup>47</sup> Letztlich lässt sich mit Paul Collier sagen, dass „das zentrale Problem der untersten Milliarde [...] ja gerade fehlendes Wachstum“ ist.<sup>48</sup>

### **Spurensuche im *african economic outlook***

Wegen der umfangreichen Betrachtung und Publikation wirtschaftlicher Daten werden im weiteren Verlauf vor allem der *African Economic Outlook* der OECD und der African Development Bank<sup>49</sup> zur Betrachtung herangezogen. Wenig überraschend ist dabei zunächst die Erkenntnis, dass stabile Staatlichkeit auch mit einem vergleichsweise hohen wirtschaftlichen Niveau einhergeht: Mit Ausnahme von Ghana, das lediglich ein mittleres Level erreicht, hat die Spitzengruppe bestehend aus Botswana, Namibia und Südafrika ein wesentlich höheres Bruttoinlandsprodukt als nahezu alle anderen Flächenstaaten in Subsahara-Afrika. In den zerfallenen Staaten hingegen ist die Wirtschaft vor allem in Somalia, Simbabwe und der DR Kongo nahezu vollkommen zum Erliegen gekommen, während der Tschad noch ein mittleres BIP erreicht, und der Sudan, dank seiner Ölvorkommen, ein etwas überdurchschnittliches BIP aufweist.<sup>50</sup>

Überraschend hingegen sind die Werte des GINI-Koeffizienten zur Einkommensverteilung: In den vier stabilen Staaten, wiederum mit Ausnahme Ghanas, sind die Einkommen deutlich ungleicher verteilt als in den ärmeren, zerfallenen Staaten.<sup>51</sup> Dieser Befund kommt zunächst unerwartet, würde man doch instinktiv erwarten, dass gerechtere Verteilung zu höherer staatlicher Legitimität und niedrigeren Konfliktpotenzialen beiträgt. Allerdings lässt sich anhand der absoluten Armutszahlen erkennen, dass möglicherweise das insgesamt höhere

---

<sup>47</sup>Auch hier gilt im Kern: Good Governance ist der Schlüssel. In kleptokratischer Herrschaft wird der Staat seinen Aufgaben wohl weiter nicht gerecht und das neopatrimoniale System natürlicherweise nicht überwunden. Allerdings wird die Überwindung dieser neopatrimonialen Strukturen nicht von selbst geschehen, sobald sich Wohlstand erhöht, dazu ist das System zu sehr verankert. Trotzdem ist Wohlstandswachstum eine notwendige Bedingung.

<sup>48</sup>Collier 2008, S.27. Colliers „unterste Milliarde“ lebt zwar nicht ausnahmslos in gescheiterten Staaten, die Bevölkerung der gescheiterten Staaten ist aber wohl größtenteils Teil dieser „untersten Milliarde“.

<sup>49</sup>OECD; The African Development Bank Group 2010

<sup>50</sup>OECD, The African Development Bank Group 2010, S.232

<sup>51</sup>OECD, The African Development Bank Group 2010, S.261

Einkommensniveau die Ungleichverteilung zumindest teilweise überkompensiert.<sup>52</sup> Einschränkend soll jedoch auch an dieser Stelle erwähnt werden, dass die Betrachtung einzelner Staaten ohnehin keine empirisch evidenten Daten liefern kann.

Die Aussagekraft von BIP und GINI-Koeffizient ist jedoch in Hinsicht auf die Hypothese, dass sich die beiden Diversifizierungsprozesse positiv auf die Stabilität von Staatlichkeit auswirken, nur von begrenzter Aussagekraft. Die Ökonomien von Simbabwe, Somalia und der DR Kongo sind ohnehin mehr oder minder zusammengebrochen, die Spurensuche nach wirtschaftlichen Zusammenhängen müsste in diesen Fällen also vor allem auch vor dem Zerfall der Staaten untersucht werden. Ein nicht ganz einfaches Unterfangen, sind doch, wie aus der oben erfolgten Diskussion ersichtlich, die „Zeitpunkte“ des Zerfalls etwas schwer Greifbares.

Und tatsächlich kommen bei näherer Betrachtung der eben identifizierten zerfallensten Staaten Subsahara-Afrikas ernste Zweifel an der Eignung des Begriffes „Staatszerfall“ für fast alle diese Staaten auf. Somalia<sup>53</sup>, Tschad<sup>54</sup>, DR Kongo<sup>55</sup> und Sudan<sup>56</sup> können allesamt zu keinem Zeitpunkt seit dem Ende der Kolonialzeit auch nur annähernd die Kriterien eines funktionierenden Staates erfüllen. Aus dieser Gruppe kann lediglich Simbabwe für sich reklamieren, vormals ein gewisses Maß an tatsächlicher Staatlichkeit gehabt zu haben. Es stellt somit den einzigen Fall eines im wörtlichen Sinne zerfallenen Staates dar und wird im weiteren Verlauf noch einmal gesondert diskutiert.

### **Diversifizierung der Volkswirtschaften**

Für die weitere Bewertung gilt es aber nun zu identifizieren, wie weit diversifiziert die einzelnen Ökonomien sind, bzw. waren. Allerdings wird der Schwerpunkt, entsprechend der obigen Erkenntnis, darauf liegen, Vorteile der stärksten Staaten in ihrer Diversifizierung zu erkennen.

Statistische Daten bezüglich der Vielfalt der Produktion eines Landes (Diversifizierung vertikaler Art) sind jedoch in der Regel gekoppelt an die wichtigsten Exportprodukte. Das ist nicht ideal, da in den Ländern mit vergleichsweise niedrigerem Außenhandelsanteil am BIP

---

<sup>52</sup>Vgl. z.B. die Armutszahlen im Länder-Informations-Portal

<sup>53</sup>Weber 2009b, S.55

<sup>54</sup>Basedau 2004, S.304

<sup>55</sup>Tull 2009, S.38ff

<sup>56</sup>Weber 2009a, S.50ff

(z.B. dem Sudan) diese Zahlen relativ unzuverlässig sind, da nicht angenommen werden kann, dass auf dem Binnenmarkt die gleichen Waren gehandelt werden, die auch exportiert werden. Trotzdem wird hier auf diese Daten zurückgegriffen, auch weil die stabileren Länder allesamt hohe Exportquoten aufweisen. Dabei deutet sich in Bezug auf die horizontale Diversifizierung an, dass die betroffenen Ökonomien tendenziell breiter aufgestellt sind: Ghana erzielt mit immerhin neun, Namibia mit zehn und Südafrika mit 84 Exportgütern 75% seines Exportvolumens.<sup>57</sup> Lediglich Botswanas Exportwirtschaft basiert auf nur drei Exportgütern, wobei es auch der Diamantabbau war, der dem einst äußerst armen Land überhaupt erst zum Aufschwung verhalf. Obwohl in dieser stark auf den Bergbau ausgerichteten Wirtschaft von Experten auch eine direkte Gefahr für das Land gesehen wird,<sup>58</sup> könnte Botswana vor allem dank vertikaler Diversifizierung in eine relativ stabile Position gelangt sein: Den *World Economic Indicators* zufolge sind 77% der Exportgüter verarbeitete Güter, für Subsahara-Afrika ein außergewöhnlich hoher Wert.

Auch Namibia (45%) und Südafrika (52%) haben hohe Verarbeitungsgrade und Ghana kann mit 19% und starkem Anstieg (1990 nur 8%, 2003: 16%) zumindest eine Tendenz zu vertikaler Diversifizierung vorweisen.<sup>59</sup>

Anders in diesem Fall die zerfallenen Staaten: Im Sudan ist der Anteil an weiterverarbeiteten Produkten mit dem Export von Öl auf 0% gefallen<sup>60</sup>, für Tschad<sup>61</sup>, DR Kongo<sup>62</sup> und Somalia liegen zwar keine Daten vor, allerdings darf vermutet werden, dass in diesen Ländern kaum industrielle Verarbeitung stattfindet, da große Teile der Bevölkerung in diesen Ländern ausschließlich von Subsistenzwirtschaft und Schattenwirtschaft leben.

Einen Sonderfall bildet zweifellos bereits angesprochenes Simbabwe, das seit den 90er Jahren und bis heute einen hohen Industrialisierungsgrad aufweist, bei allerdings zwischendurch stark negativem und bis in die Gegenwart hinein bestenfalls stagnierendem Wirtschaftswachstum. Simbabwe zeigt auf grausame Weise wie haarsträubende politische Fehlentscheidungen<sup>63</sup> eines „mörderischen Despoten“, wie das Foreign Policy Magazin

---

<sup>57</sup>OECD, The African Development Bank Group 2010, S.244ff.

<sup>58</sup>Auswärtiges Amt 2009a

<sup>59</sup>The World Bank 2010, S.242

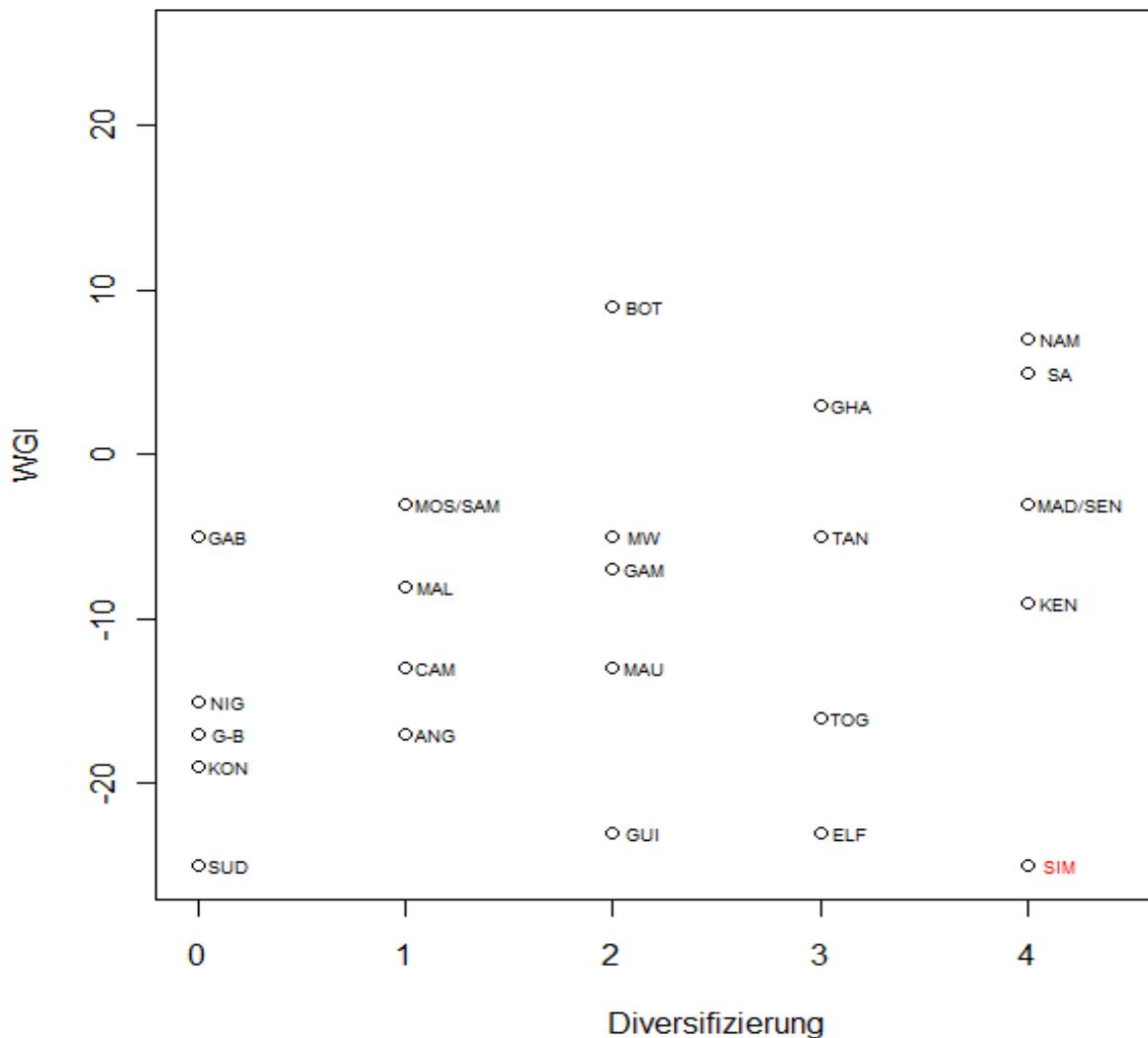
<sup>60</sup>The World Bank 2010, S.240

<sup>61</sup>Salzberger

<sup>62</sup>Auswärtiges Amt 2010

<sup>63</sup>Auswärtiges Amt 2009b

Robert Mugabe jüngst bezeichnete<sup>64</sup>, eine aufstrebende Wirtschaft ruinieren und so massiv zum Kollaps des Staates beitragen können.



GAB=Gabun, NIG=Nigeria, G-B=Guinea-Bissau, KON=Republik Kongo, SUD=Sudan, MOS=Mosambik, SAM=Sambia, MAL=Malawi, CAM=Kamerun, ANG=Angola, BOT=Botsuana, MAL=Mali, MW= Malawi, GAM=Gambia, MAU=Mauritius, GUI=Guinea, GHA=Ghana, TAN=Tansania, TOG=Togo, ELF=Elfenbeinküste, NAM=Namibia, SA=Südafrika, MAD=Madagaskar, SEN=Senegal, KEN=Kenia, SIM=Simbabwe

Seinen Sonderstatus behält Simbabwe auch in einer abschließenden Betrachtung. Diese soll noch einmal einen groben Gesamtüberblick über die Diversifizierung und Staatlichkeit in Subsahara-Afrika liefern. Dazu wurden, wie bereits zuvor, anhand des *African Economic Reports* die horizontale Diversifizierung und anhand der *World Development Indicators* die vertikale Differenzierung der Volkswirtschaften ermittelt. Die gesamten relevanten Staaten<sup>65</sup>

<sup>64</sup>Ayittey 2010

<sup>65</sup>Es wurden nur Flächenstaaten mit einer Bevölkerungszahl größer 1 Mio. berücksichtigt. Außerdem entfielen alle Staaten deren Exportquote unter 20% lag, denn bei zu geringen Exportquoten wird der Rückschluss von der Diversität der Exportgüter auf die tatsächliche Industrialisierung immer unzuverlässiger.

wurden dann in beiden Fällen in Terzentile unterteilt, bewertet<sup>66</sup> und mit den fünf relevanten Faktoren aus den *World Governance Indicators* verglichen.

Wie in der Grafik erkennbar, ist ein Zusammenhang zwischen der Bewertung der Diversifizierung und der Platzierung in den *WGI* erkennbar: Länder mit einem höheren Diversifizierungsgrad sind tendenziell auch stabilere Staaten. Einzig deutlicher Ausreißer ist eben Simbabwe, das von Seiten der Diversifizierung relativ ideale Voraussetzungen vorweisen kann und trotzdem die schlechtmöglichste Kategorisierung im *WGI* der Weltbank erhält.

## 4. Fazit

Letztlich lässt sich anhand der betrachteten Daten sicherlich nicht von einem eindeutigen Indiz sprechen, dass die Hypothesen, wonach Diversifizierung der Volkswirtschaften in Bezug auf die Zahl der exportierten Rohstoffe einerseits und deren Verarbeitungsgrad andererseits, direkte Rückschlüsse auf die Stabilität von Staatlichkeit zulassen. Immer wieder wird dabei auch offensichtlich, dass in jedem Land eine Vielzahl spezifischer Wirkungszusammenhänge eine Rolle spielen, die ganz spezielle Problematiken und Zustände hervorrufen. Die eingangs diskutierten Einflussfaktoren können dabei von Fall zu Fall in unterschiedlichem Ausmaß relevant sein, neopatrimoniale Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen bilden jedoch gerade im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Diversifizierung und der damit verbundenen Chance zu Wachstum wahrscheinlich den wichtigsten Faktor.

Ohnehin steht hinter der diskutierten These, wie bereits erwähnt, die Annahme, dass wirtschaftliches Wachstum und die damit verbundene Finanzierung des Staates eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen dafür sind, dass ein Staat seine Leistungen überhaupt erfüllen und damit seine Legitimität erhalten kann. Das heute in der Entwicklungszusammenarbeit omnipräsente „Good Governance“ gilt wohl berechtigterweise

---

<sup>66</sup>Im jeweils obersten Terzentil bekam ein Staat für die jeweilige Diversifizierung der Wirtschaft zwei, im mittleren einen und im letzten keine Punkte. So ergibt sich insgesamt eine Mögliche Gesamtpunktzahl von vier für die insgesamt Diversifizierung.

als der Schlüssel hierzu. Die angesprochenen Staaten Ghana und Zimbabwe können als Positiv- bzw. Negativbeispiel dafür dienen, wie Staatlichkeit von guter Regierungsführung und der damit verbundenen Überwindung der neopatrimonialen Strukturen beeinflusst wird.

In der Diskussion um die Wurzeln dieser Strukturen deutet sich bereits an, dass der Begriff „Staatszerfall“ in der Diskussion dieser Region vielleicht nicht treffend ist. Offensichtlich wird dies dann, wenn man einen kurzen Blick in die postkoloniale Geschichte der Staaten wirft, die heute als „zerfallenste“ Staaten überhaupt gelten: DR Kongo, Tschad, Sudan, Somalia und Simbabwe. Mit Ausnahme von Simbabwe ist keiner dieser Staaten im Anschluss an die Kolonialzeit jemals ein halbwegs funktionierender Staat gewesen. So betrachtet wäre es naheliegender, diese mit dem Konzept des „Nation Building“ zu untersuchen und gleichzeitig die Gründe für ihr Scheitern im Rahmen dieses Prozesses zu identifizieren. Die Begriffe „gescheiterte Staat“ beziehungsweise „failed state“ eignen sich in diesem Zusammenhang besser als der Begriff „zerfallener Staat“.

Unabhängig davon sei zusammenfassend einmal mehr erwähnt, dass die politische Diskussion die wirtschaftlichen Faktoren im Zusammenhang mit dem Scheitern von Staaten nicht ganz aus dem Blick verlieren darf. Zumindest die Tendenz, dass schwache und fragile Volkswirtschaften eher auch ihren Staat in Bedrängnis bringen, lässt sich anhand der oben diskutierten Faktoren erkennen - gleichwohl diese schwachen Volkswirtschaften häufig ein Produkt neopatrimonialer Herrschaft und der mit ihr verwandten Korruption sind.

## Literatur

- Auswärtiges Amt (2009): Botsuana. Wirtschaftspolitik. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Botsuana/Wirtschaft.html> [2010-08-19]
- Auswärtiges Amt (2010): Kongo (Demokratische Republik Kongo). Wirtschaftspolitik. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/KongoDemokratischeRepublik/Wirtschaft.html> [2010-08-19]
- Auswärtiges Amt (2009b): Simbabwe. Wirtschaft. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Simbabwe/Wirtschaft.html> [2010-08-19]
- Ayittey, George B.N. (2010): The Worst of the Worst. Bad dude dictators and general coconut heads. [http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/06/21/the\\_worst\\_of\\_the\\_worst?page=0,2](http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/06/21/the_worst_of_the_worst?page=0,2) [2010-08-19]
- Basedau, Matthias (2005): Tschad. In: Hofmeier, Rolf; Mehler, Andreas [Hrsg.]: Kleines Afrika-Lexikon. Politik – Wirtschaft – Kultur. Verlag C.H. Beck, München
- Collier, Paul (2008): Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. Verlag C.H. Beck, München
- Erdmann, Gero (2003): Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika. In: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert [Hrsg.]: Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatlichkeit und Staatskollaps. VS Verlag, Opladen
- Erdmann, Gero (2005): Nichtregierungsorganisationen (NRO). In: Hofmeier, Rolf; Mehler, Andreas [Hrsg.]: Kleines Afrika-Lexikon. Politik – Wirtschaft – Kultur. Verlag C.H. Beck, München
- Foreign Policy (2010): The Failed States Index 2010. [http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/06/21/2010\\_failed\\_states\\_index\\_interactive\\_map\\_and\\_rankings](http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/06/21/2010_failed_states_index_interactive_map_and_rankings) [2010-08-19]
- Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung (2009): Conflict Barometer 2009 [http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer\\_2009.pdf](http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2009.pdf) [2010-08-19]
- Hofmeier, Rolf (2005): Strukturanpassungspolitik. In: Hofmeier, Rolf; Mehler, Andreas [Hrsg.]: Kleines Afrika-Lexikon. Politik – Wirtschaft – Kultur. Verlag C.H. Beck, München
- Länder-Informations-Portal. <http://liportal.inwent.org/> [2010-08-19]
- Mair, Stefan; Petretto, Kerstin (2008): Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols und Staatszerfall. In: Ferdowsi, Mir A.: Afrika – Ein verlorener Kontinent. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, München

- Mbaku, John Mukum (2003): Corruption and Economic Development. In: Nnadozie, Emmanuel [Hrsg.]: African Economic Development. Academic Press. London
- Mehler, Andreas (2005): Staatszerfall. In: Hofmeier, Rolf; Mehler, Andreas [Hrsg.]: Kleines Afrika-Lexikon. Politik – Wirtschaft – Kultur. Verlag C.H. Beck, München
- Nuscheler, Franz (2005): Entwicklungspolitik. Verlag J.H.W. Dietz, Bonn
- OECD, The African Development Bank Group (2005): African Economic Outlook 2005. <https://docweb.lrz-muenchen.de/cgi-bin/doc/nph-webdoc.cgi/000110A/http/www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/fulltext/4105011e.pdf=3fexpires=3d1282231257&id=3d0000&accname=3docid49014612&checksum=3dBB2D49D8CAB1B4952FEE954B540511C1> [2010-08-19]
- OECD, The African Development Bank Group (2010): African Economic Outlook 2010. <https://docweb.lrz-muenchen.de/cgi-bin/doc/nph-webdoc.cgi/000110A/http/www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/fulltext/4110031e.pdf=3fexpires=3d1282231319&id=3d0000&accname=3docid49014612&checksum=3d5FCB09A954EB8789B42FED5AC00950CF> [2010-08-19]
- Salzberger, Brigitte: Tschad. Wirtschaftliche Entwicklung. <http://liportal.inwent.org/tschad/wirtschaft-entwicklung.html> [2010-08-19]
- Schneckener, Ulrich (2007): Staatszerfall und Fragile Staatlichkeit. In: Weltprobleme. Ferdowsi, Mir A. [Hrsg.]. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, München
- von Trotha, Trutz (1999): Über den Erfolg und die Brüchigkeit der Utopie staatlicher Herrschaft. Herrschaftssoziologische Betrachtungen über den kolonialen und nachkolonialen Staat in Westafrika. In: Reinhard, Wolfgang [Hrsg.]: Verstaatlichung der Welt? Europäische Staatsmodelle und außereuropäische Machtprozesse. Schriften des historischen Kolegs. Kolloquien 47. R. Oldenburg Verlag, München
- Troy, Jodok (2007): Staatszerfall. Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen. LIT Verlag, Berlin
- Tull, Denis M. (2009): Demokratische Republik Kongo. In: Bundeszentrale für Politische Bildung [Hrsg.]: Informationen zur politischen Bildung. Afrika – Länder und Regionen.
- UNDP (2009): Human Development Report 2009 – HDI Rankings. <http://hdr.undp.org/en/statistics/> [2010-08-19]
- UN-OHRLLS: Least Developed Countries. Country Profiles. <http://www.unohrlls.org/en/ldc/related/62/> [2010-08-19]
- Weber, Anette (2009a): Sudan. In: Bundeszentrale für Politische Bildung [Hrsg.]: Informationen zur politischen Bildung. Afrika – Länder und Regionen.
- Weber, Anette (2009b): Die Somalias. In: Bundeszentrale für Politische Bildung [Hrsg.]: Informationen zur politischen Bildung. Afrika – Länder und Regionen.

The World Bank (2010): World Development Indicators 2010.  
<http://data.worldbank.org/sites/default/files/wdi/complete.pdf> [2010-08-19]

World Bank Institute (2009a): Governance Matters 2009. Worldwide Governance Indicators 1996-2008. [http://info.worldbank.org/governance/wgi/pdf/WBI\\_GovInd.pdf](http://info.worldbank.org/governance/wgi/pdf/WBI_GovInd.pdf) [2010-08-19]

World Bank Institute (2009b): Worldwide Governance Indicators 2008.  
<http://info.worldbank.org/governance/wgi/pdf/WGIDataTables.pdf> [2010-08-19]

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren

